

Wohnungserwerb

Wachsender Subventionshunger

Angesichts milliardenschwerer Garantie- und Hilfsprogramme für die Kredit- und Automobilindustrie wachsen auch von anderer Seite die Begehrlichkeiten gegenüber dem Staat. So findet denn auch der Vorschlag des bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer, die Wiedereinführung der Eigenheimzulage zu prüfen, reichlich Zuspruch.

Ihm hat sich der saarländische Ministerpräsident Peter Müller angeschlossen. Er regt an, der zu reanimierenden Zulage eine familienpolitische Förderkomponente beizugeben. Familien solle wieder verstärkt bei der Wohneigentumsbildung geholfen werden, lautet die von beiden Landespolitikern vorgegebene Marschrichtung in den Bundestagswahlkampf. Im Jahr 2005 konnte eine vierköpfige Familie für den Bau des Eigenheims immerhin bis zu 32 720 Euro Zulage bekommen.

Beide täuscht ihr Gespür für die Stimmung des Wahlvolks nicht. Laut einer Umfrage des Immobilienportals Immo-

welt.de im März 2009 unter 1 054 Besuchern der Website ergab, dass sich 78,2 Prozent von ihnen die Eigenheimzulage zurückwünschen. Dabei sprechen sich 44,6 Prozent für die alte Regelung aus, die auch viele Besserverdienende nutzen konnten. 33,6 Prozent wenden sich allerdings gegen das Gießkannenprinzip und wollen die Förderung auf Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen begrenzen.

Dagegen lehnen 11,7 Prozent der Befragten die Wiedereinführung der Eigenheimzulage ab, weil der Staat schon genug Schulden mache, und 2,8 Prozent fürchten, dass dies nur eine Umverteilung von arm zu reich wäre. 7,4 Prozent hatten keine Meinung. Besonders interessant: Offensichtlich hat sich die Stimmung in der Bevölkerung gedreht. Denn noch im Jahr 2005 hatten in einer vergleichbaren Umfrage des Immobilienportals 50,1 Prozent der Befragten erklärt, dass die Eigenheimzulage verzichtbar wäre, wenn im Gegenzug Steuern gesenkt und Bildungsausgaben erhöht würden.

Von der erneuten Gewährung der Eigenheimzulage beziehungsweise der Schaffung eines „akzeptablen Ersatzmodells“ verspricht sich auch der IVD Süd wichtige gesamtwirtschaftliche Impulse. Vor allem der Wohnungsbau, als einer der Konjunkturmotoren, ließe sich mit verstärkter und direkter Förderung wieder ankurbeln. Auf diese Weise könne auch der für die kommenden Jahre prognostizierten Wohnungsverknappung wirkungsvoll und schnell begegnet werden.

Trotz des Wirtschaftsabschwungs in diesem Jahr und der scheinbaren Großzügigkeit des Bundes für einzelne Wirtschaftszweige dürfte der Vorstoß für eine neuerliche Eigenheimsubvention wenig Erfolgsaussichten haben. Mit Wohn-Riester hat die Bau- und Kreditwirtschaft der Politik gerade erst mühsam ein Förderprodukt abgerungen. Die alte Zulagenregelung war 2006 vor allem mit dem Hinweis auf die hohe Belastung für den Steuerzahler abgeschafft worden. (Red.)